



Der andere Blick

von Johannes C. Bockenheimer

Wirtschaftsredaktor der «Neuen Zürcher Zeitung»

Thema des Tages: Die deutsche Wirtschaftskrise findet so schnell kein Ende



Muss viel Kritik einstecken: der deutsche Wirtschaftsminister Robert Habeck.

Clemens Bilan / EPA

Bruchpilot oder Überflieger? Am [deutschen Wirtschaftsminister Robert Habeck](#) scheiden sich die Geister. Seine Energiepolitik gefährde den Wirtschaftsstandort, führe zur Deindustrialisierung und letztlich zu einem milliardenschweren Wertschöpfungsverlust im Land, werfen ihm seine Kritiker vor.

Habecks Verteidiger wiederum verweisen darauf, dass der Grünen-Politiker doch nur anpacke, was seine Amtsvorgänger zwar jahrelang versprochen, letztlich aber verpennt hätten: den klimagerechten Umbau der Industrie. Am Ende dieses beschwerlichen Weges so

Um das der Industrie. Am Ende dieses beschleunigten Weges, so versprechen es die Habeck-Apologeten, dürfe Deutschland auf ein neues, grünes Wirtschaftswunder hoffen.

Und tatsächlich gibt es seit dieser Woche neue Zahlen, die Habecks Kurs zu stützen scheinen. Deutschland soll bei der Wirtschaftskraft wohl noch im laufenden Jahr an Japan vorbeiziehen und zur drittgrössten Volkswirtschaft der Welt aufsteigen. Das geht aus einer neuen Projektion des Internationalen Währungsfonds (IMF) hervor.

IMF-Zahlen sind kein Erfolgsnachweis

Bei einer Industriekonferenz am Dienstag zeigte sich der Minister dementsprechend überzeugt, den wirtschaftlichen Wiederaufstieg des Landes auch in den kommenden Jahren vorantreiben zu können. [Mit seiner jüngst vorgelegten Industriestrategie](#) sei es gelungen, eine politische Antwort auf die grossen industriepolitischen Herausforderungen zu skizzieren, sagte Habeck in Berlin.

ANZEIGE



Willkommen in einer Welt voller Outdoorabenteuer

Sportliche Aktivitäten und erholsame Stunden an Stränden, die das Prädikat Naturschönheit mehr als verdient haben, finden Besucher in Puerto Plata und Punta Cana in der Karibik. Das Angebot an Freizeitaktivitäten lässt keine Wünsche offen.

Haben sich Habecks Kritiker also in ihm getäuscht, ihn unterschätzt?
Wird Habeck doch noch zum Wirtschaftswunder-Minister?

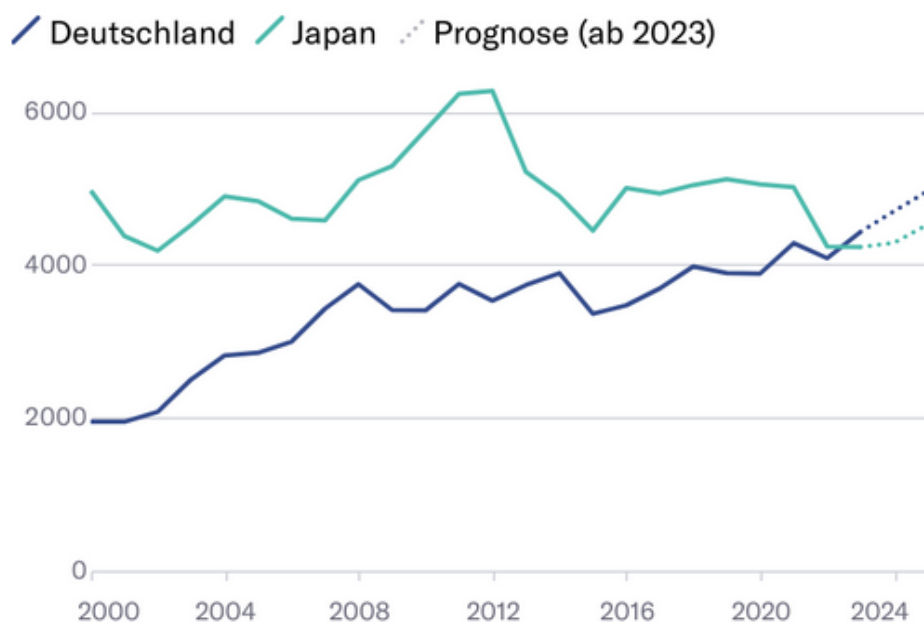
Am Ende dieses beschleunigten Weges, so versprechen es die Habeck-Apologeten, dürfe Deutschland auf ein neues, grünes Wirtschaftswunder hoffen.

Auszuschliessen ist nichts in dieser Welt, Zweite aber sind angebracht. Denn einerseits taugen die neuen IMF-Zahlen, bei Tageslicht betrachtet, keineswegs als Erfolgsnachweis für den Habeckschen Kurs.

Deutschlands unerwarteter Aufstieg unter die Top 3 ist nämlich nicht etwa auf die Stärke der Betriebe und Konzerne zurückzuführen – im Gegenteil. Erst vor zwei Wochen hatte der IMF seine Wachstumsprognose für Deutschland nach unten korrigiert. 2023 werde die Wirtschaftsleistung um 0,5 Prozent schrumpfen, so mahnen die Experten. Im Juli fiel die Voraussage mit einem Minus von 0,3 Prozent noch unwesentlich besser aus. Bitter: Unter den G-7-Industriestaaten wäre Deutschland damit das einzige Land, dessen Wirtschaft nicht wächst.

Kampf um den dritten Platz

Entwicklung der Wirtschaftskraft (BIP) bis 2025, in Billionen US-Dollar



Quelle: IWF

NZZ / JCB.

Deutschland profitiert vielmehr von einem japanischen Versäumnis: Während die Europäische Zentralbank im Kampf gegen die Inflation die Zinsen deutlich angehoben hat, ist die japanische Zentralbank diesen Schritt nicht gegangen. Die Folge: Der japanische Yen hat jüngst gegenüber dem Euro stark abgewertet und damit auch die Wirtschaftsleistung, zumindest auf dem Papier, nach unten gedrückt. Anders ausgedrückt: Deutschlands Wirtschaft ist nicht stärker gewachsen, Japans Wirtschaft ist nur stärker geschrumpft.

Andererseits wirft Habecks wirtschaftspolitisches Opus magnum, die neue Industriestrategie, mehr Fragen auf, als es beantwortet. Vor allem die Frage, ob der Wirtschaftsminister tatsächlich verstanden hat, woran die deutsche Wirtschaft eigentlich krankt. So sieht das Papier als Kernelement einen sogenannten Brückenstrompreis vor, mit dem energieintensive Betriebe entlastet werden sollen.

Der Steuerzahler soll es richten

Nachdem die Bundesregierung mit dem überhasteten Abschalten der Kernkraftwerke also zunächst das Energieangebot verknappt und damit die Stromkosten nach oben getrieben hat, sollen jetzt die Steuerzahler einspringen. Sie sollen dafür sorgen, dass die Energiepreise zumindest für einige ausgewählte Betriebe wieder sinken. Die Kosten dieses staatssubventionistischen Experiments: ein hoher zweistelliger Milliardenbetrag.

Selbst dieses gigantische Umverteilungsvorhaben wird aber nicht dazu führen, dass die Preise auch nur ansatzweise auf das Niveau fallen, das andere Industrienationen den Betrieben bieten können. Es ist deshalb kein Wunder, dass weder Bundesfinanzminister Christian Lindner noch Kanzler Olaf Scholz die Pläne ihres Kabinettskollegen unterstützen.

Geht es hingegen darum, die Unternehmen bei Steuern und Abgaben zu entlasten, stellt sich seinerseits Habeck seit Monaten quer. [Dabei belegt Deutschland hier seit vielen Jahren einen Spitzenplatz unter den Industrienationen.](#) Immer regelmässiger kündigten deshalb in letzter Zeit Betriebe angesichts der Doppelbelastung aus hohen Energiepreisen und Abgabenlast eine Produktionsverlagerung ins Ausland an.

Kurzum: Habeck hat einen halbgaren Plan, um ein Problem zu lösen, das er selbst geschaffen hat. Und er hat andererseits keinerlei Pläne dafür, ein Problem zu lösen, das er problemlos lösen könnte. Alles, was dem Minister daher bleibt, ist, auf ein Wunder zu hoffen.

